

Zuerst war der Moerser Bürgermeister Christoph Fleischhauer (CDU) gegenüber Bürgerräten skeptisch, doch die Argumente der Initiative „Bürgerrat für Moers“ hatten ihn überzeugt. „Wir sind kein Klub der Unzufriedenen“, hatte Initiativen-Mitgründer Dieter Zisenis seinerzeit gegenüber der NRZ erklärt. Bürgerinnen und Bürger wussten aber oft nicht, wie sie sich einbringen könnten. Mit einem Bürgerrat wolle man ein niedrigschwelliges Angebot schaffen.



Leserzuschrift

Mehr als „Demokratie light“

Im Dezember 2024 stimmte Bürgermeister Fleischhauer für die Einberufung der ersten Losversammlung der Stadt. „Ich bin ein Unterstützer des Bürgerrates“, hatte er im Stadtrat erklärt. Thema des Bürgerrates war die lokale Bürgerbeteiligung.

Vom 4. bis 7. November 2025 berieten 48 zufällig aus dem Einwohnermelderegister ausgeloste Moerserinnen und Moerser über Ideen für eine bessere Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an politischen Entscheidungen. Dabei wurden sie von Fachleuten und thematisch zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt unterstützt.

„Das ist genau das, was wir brauchen“

Eine Empfehlung des Bürgerrates ist bereits Wirklichkeit geworden: Die Gründung einer Interessengemeinschaft bzw. eines Vereins, um aus der Bürgerschaft heraus die Bürgerbeteiligung in Moers zu fördern. Das haben Mitglieder des Bürgerrates mit der Gründung des Vereins „Wir für Moers - Wir für uns“ gleich selbst erledigt.

Bürgermeisterin Julia Zupancic (CDU), seit November 2025 Nachfolgerin von Christoph Fleischhauer im Bürgermeisteramt, hatte in ihrer Rede beim



Foto: © Mehr Demokratie e. V.

Thorsten Sterk, Fachverband
„Mehr Demokratie e. V.“



Foto: © Andrii Yalanskyi/stock.adobe.com

Bürgerrat-Auftakt die Bedeutung des neuen Formats betont: „Das ist ein Zeichen für die gelebte Demokratie in unserer Stadt - für ein Miteinander. Das ist genau das, was wir brauchen.“

Bürgerräte sind insbesondere in NRW nicht neu. Bereits 1972 machten Bürgerinnen und Bürger aus Schwelm sich in einer sogenannten „Planungszelle“ Gedanken darüber, ob Haushaltsabfälle besser in Mülltonnen oder Müllsäcken entsorgt werden sollten. Der Soziologe Prof. Peter C. Dienel hatte dieses Beteiligungsformat an der Gesamthochschule Wuppertal entwickelt und es in Schwelm erstmals eingesetzt.

Politische Selbstwirksamkeit fördern

Gelost wird, um besonders die Menschen zu aktivieren, die sich sonst selten bis nie politisch beteiligen. Das können Menschen mit mangelndem Glauben an ihre politische Selbstwirksamkeit ebenso sein wie Menschen, die wegen Care-Arbeit, Schichtdienst oder als Alleinerziehende wenig Zeit zur Beteiligung haben.

Ein erster Meilenstein geloster Bürgerbeteiligung waren die Kölner Planungszellen zur Neugestaltung des Bereichs zwischen historischem Rathaus und mittelalterlichem Festsaal Gürzenich. Architekturbüros hatten unterschiedliche Entwürfe für eine Bebauung des Areals eingereicht, mit denen aber niemand wirklich zufrieden war. Die

Stadt hatte 1979 deshalb 250 zufällig geloste Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt eingeladen, über die Anordnung freier und überbauter Flächen, Verkehrsfragen sowie Wohnen und andere Nutzungsarten im Planungsareal zu beraten. Das Ergebnis überzeugte den gesamten Stadtrat. Die Vorschläge der Planungszellen wurden beschlossen und umgesetzt.

Trotz solcher Erfolge führte die geloste Bürgerbeteiligung lange ein Schattendasein. Die Zahl der Verfahren blieb gering. Erst aufsehenerregende Bürgerräte zu Themen wie Abtreibung und Eherecht für homosexuelle Paare in Irland sorgten für ein zunehmendes Interesse. Das führte auch zu einem starken Anstieg der Verfahren. Fanden in den 2010er Jahren im Schnitt pro Jahr zehn Verfahren statt, gibt es inzwischen jedes Jahr mehr als 60 Losversammlungen. NRW liegt dabei im Ländervergleich mit mehr als 100 Bürgerräten an erster Stelle.

Bürgerräte begünstigen die Zufriedenheit mit der Demokratie

Zahlreiche Untersuchungen belegen die Wirksamkeit von Bürgerräten. Eine Studie der „Initiative Offene Gesellschaft“ zum Bürgerrat Bördehalle im westfälischen Welter zeigt etwa, dass Bürgerräte zur Erhöhung der Demokratiezufriedenheit der gesamten Bevölkerung beitragen können. Der Bürgerrat wurde nicht nur von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sondern auch in der breiteren Bevölkerung als glaubwürdig wahrgenommen. Das Verfahren hat gezeigt, dass deliberative Formate dabei helfen können, verhärtete politische Einstellungen aufzulockern.



Vom UN Democracy Fund über die OECD, den Europarat und die EU-Kommission bis hin zu politischen Stiftungen empfehlen namhafte Institutionen die Nutzung von Bürgerräten.

2021 hatte die Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation“ des NRW-Landtags sich ebenfalls für geloste Bürgerbeteiligung insbesondere auf kommunaler Ebene ausgesprochen.

Nicht zuletzt erkennen auch viele Mitglieder von Bürgerräten deren Wirkung. „In diesen schwierigen Zeiten ist es wie eine Erlösung, herzukommen und zu sehen, wie 60 wildfremde Menschen freundlich und auf Augenhöhe diskutieren, selbst wenn man nicht einer Meinung gewesen ist“, fasste ein Teilnehmer des 2025 in Köln durchgeführten Bürgerrates „Mobil im lebenswerten Quartier“ seine Eindrücke zusammen. ■

Diese Leserzuschrift ist eine Replik auf den Beitrag „*Demokratie light*“ – oder was? von Markus Klaus, den Sie in der KOPO 10/2025 finden.